

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/164

27. August 1976

Die Innere Sicherheit ist gewährleistet

SPD/FDP-Regierung hat den Rechtsstaat ausgebaut
und verteidigt

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister des Innern

Seite 1 / 41 Zeilen

Filbingers Hahn erfand ein Wahlkampfthema

CDU-Agitation mißbraucht die Lehrerausbildung

Von Moritz Thape
Senator für Bildung der Freien Hansestadt Bremen

Seite 2 und 3 / 55 Zeilen

Die Offenbarungsidee der CSU

Gegenseitige Verunglimpfung gehört zum täglichen
Brot der Strauß-Partei

Seite 4 und 5 / 72 Zeilen

6 000 politische Häftlinge in Chiles Kerkern

Tatsachen zur aktuellen Situation im Staate
Pinachets

Von Helmut Frenz
Pastor in Hamburg und früher Bischof in Santiago
de Chile

Seite 6 bis 8 / 85 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Friedrichsplatz 1, Zimmer 217-224
Telefon: 02 20 37 - 88
Telefax: 02 20 816-88 ppon d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 109-112, Telefon: 37 86 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die Innere Sicherheit ist gewährleistet

SPD/FDP-Regierung hat den Rechtsstaat ausgebaut und verteidigt

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

Die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland ist gewährleistet. Weder die Entwicklung der allgemeinen Kriminalität noch die Aktivität politisch motivierter Terroristen geben Anlaß zu Furcht oder Bestürzung. Die Bedeutung des verfassungsfrendlichen Extremismus ist in unserem Land gering, so daß dem demokratischen Staat und seiner Funktionsfähigkeit auch von dieser Seite keine ernsthafte Gefahr droht.

Verfehlt wäre es, die Sicherung des Bürgers als Aufgabe nur dort zu sehen, wo es um die Gewährleistung der Inneren Sicherheit geht. Sicherheit im weiteren Sinne muß immer auch die materiellen Lebensgrundlagen einbeziehen, wie sie durch soziale Leistungen und soziale Gerechtigkeit geschaffen und geschützt werden. Allein durch Repression und Strafgewalt kann der Staat Sicherheit nicht erreichen. Bereitschaft und Fähigkeit zu Vorsorge und Leistungen gehören dazu.

Sozialdemokraten haben auch in Zeiten der Bestürzung und Aufgeregtheit über aktuelle und verbrecherische Anschläge stets darauf geachtet, daß Augenmaß und Nüchternheit die staatlichen Gegenmaßnahmen bestimmen. Der Rechtsstaat darf im Zuge seiner Verteidigung auch nicht teilweise aufgegeben werden. So hat die sozialliberale Koalition auf die in der Bundesrepublik neue Erscheinung des politisch motivierten Terrorismus angemessen durch neue gesetzliche Regelungen reagiert.

Der Gefährlichkeit der Täter tragen neue gesetzliche Tatbestände Rechnung, dem Mißbrauch anwaltlicher Befugnisse wird durch Änderung des Strafverfahrensrechts entgegengetreten. Weitergehende Forderungen der Opposition auf undifferenzierte Schärfe und Eingriffe in den Kernbereich der freien Verteidigung können um des Rechtsstaats willen nicht hingenommen werden. Im Übrigen hat die sozialliberale Koalition in ihrer Strafrechtspolitik seit 1969 dafür gesorgt, daß Strafdrohungen auf das notwendige Maß beschränkt werden, das durch die Sozialschädlichkeit des zu ahndenden Verhaltens bestimmt wird. Durch die Reformen z.B. des Demonstrationsstrafrechts, des Sexualstrafrechts und des § 218 ist der Freiheitsbereich der Bürger erweitert worden. Neue Strafgesetze z.B. gegen Wirtschaftskriminalität und Umweltschädigungen werden diese Verhaltensweisen in ihrer besonderen Schädlichkeit erfassen.

Alle Verbrechensbekämpfung muß bei den Ursachen ansetzen. Vorbeugen erfordert erhebliche staatliche Maßnahmen und Leistungen. Das neue Strafvollzugsgesetz ist nur ein Schritt in diese Richtung. Wegen der aus finanziellen Gründen in diesem Gesetz vorgenommenen Streichungen und Zurückstellungen bleibt hier noch viel zu tun. Unter der führenden Regierungverantwortung der SPD wurde unser Rechtsstaat ausgebaut und zugleich wirksam verteidigt. Wesentliche Entscheidungen mußten gegen die CDU/CSU durchgesetzt werden. Die Opposition hat dabei gezeigt, daß sie nicht die Gewähr bietet, den rechtsstaatlichen Bestand zu bewahren und weiterzuentwickeln.

(-/27.8.1976/va/es)

+ + +

Filbingers Hahn erfand ein Wahlkampfthema

CDU-Agitation mißbraucht die Lehrerausbildung

Von Moritz Thape

Senator für Bildung der Freien Hansestadt Bremen

Gerade rechtzeitig zum Bundestagswahlkampf haben die Kultusminister von Baden-Württemberg, Prof. Wilhelm Hahn, und von Bayern, Prof. Dr. Hans Maier, die bremische Lehrerausbildung "in Übereinstimmung mit den Übrigen von der CDU bzw. CSU regierten Bundesländer" aufs Korn genommen. Der Stuttgarter Minister hat gemeinsam mit dem Bremer Philologenverband ein Wahlkampfthema erfunden, weil es den Gegnern der Bremer Lehrerausbildung nicht gelungen ist, sich durchzusetzen. Prof. Hahn mißbraucht nicht nur seine augenblickliche Stellung als Präsident der Kultusministerkonferenz, sondern er gibt mit seinem gefährlichen Verfahren, die Bremer Lehrer nicht in Baden-Württemberg anzustellen, denjenigen Auftrieb, die schon seit Jahren gegen den Kulturfürderalismus in der Bundesrepublik Sturm laufen.

Daß der baden-württembergische CDU-Kultusminister sich nicht um eine sachliche Klärung der Angelegenheit bemüht, sondern eine reine Wahlkampf-mache für die CDU/CSU betreibt, geht aus folgenden Tatsachen hervor:

1. Prof. Hahn wandte sich am 4. November 1975 an mich mit der Bitte um eine Erläuterung der dem bremischen Lehrerausbildungsgesetz zugrunde liegenden Konzeption "im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit den Empfehlungen der KMK über die Lehramtsprüfungen". Auf mein Antwortschreiben vom 2. Januar 1976 antwortete der Kultusminister erst nach mehr als einem halben Jahr - zur Wahlkampfzeit.

2. In meinem Brief an Prof. Hahn versuchte ich, dessen Bedenken auszuräumen. Von meinem Angebot, ihm - falls noch Fragen offen geblieben sein sollten - weitere Auskünfte zu geben, machte Filbingers Kultusminister keinen Gebrauch.

3. Prof. Hahn hat was unter Ministerkollegen bislang unüblich war getan: Er schickte dem Bremer Philologenverband eine Kopie des an mich gerichteten

27. August 1976

Schreibens. Und der Philologenverband machte nicht den Versuch, in Bezug auf die Wahrhaftigkeit der Vorwürfe Mahns Aufklärung von der Bildungsbehörde in Bremen zu bekommen.

Wie leichtfertig Kultusminister Hahn seine Vorwürfe gegen die bremische Lehrerausbildung erhebt, geht auch daraus hervor, daß er gegen das angeblich in Bremen praktizierte einphasige Verfahren polemisiert. Eine einphasige Lehrerausbildung wird in Bremen nicht praktiziert, und sie wird es hier in absehbarer Zeit auch noch nicht geben. Mahns Schuß trifft nicht Bremen, sondern seinen Parteifreund Remmers in Niedersachsen, der in Oldenburg eine einphasige Lehrerausbildung praktiziert.

Das ganze von Kultusminister Hahn und dem Philologenverband angezettelte Verfahren, die Bremer Lehrerausbildung in Mißkredit zu bringen, widerspricht den Erfahrungen, wie mir bislang kein Fall aus dem Bundesgebiet bekannt geworden ist. Im Gegenteil, gerade das CDU-regierte Niedersachsen hat in Bremen ausgebildete Lehrer in so großer Zahl eingestellt, daß sich auf die Bremer Bedarfsdeckung Auswirkungen ergeben haben. Eines muß man deutlich sagen: Mit seiner Kritik an der Bremer Lehrerausbildung will Prof. Hahn von eigenen Problemen ablenken, die übrigens alle Länder haben. Er benutzt die Ablehnung Bremer Lehramtsbewerber als Alibi für die kommende Lehrerschwemme.

Auch wenn ich nicht zum "großen Kriegsgeschrei" ansetze, um nicht genauso unüberlegt zu handeln wie Prof. Hahn, so kann und will ich die Dinge nicht auf sich beruhen lassen. Das Thema wird von mir in der nächsten Sitzung der Kultusministerkonferenz im Oktober mit Sicherheit zur Sprache gebracht. Wenn hier keine Übereinstimmung erzielt wird, führt das zu einer erheblichen Verhärtung der Fronten in der KMK. Ich gehe davon aus, daß sich Prof. Hahn nicht ausreichend informiert hat, denn sonst hätte er nicht das Hamburger Abkommen von 1964 außer acht gelassen, in dem sich alle Bundesländer gegenseitig verpflichtet haben, die Lehrerprüfungen gegenseitig ohne jeden Vorbehalt anzuerkennen.

(-/27.8.1976/mie/e)

+ + +

Die Offenbarungseide der CSU

Gegenseitige Verunglimpfung gehört zum täglichen Brot der Strauß-Partei

Bayerns Christsoziale reden von der Freiheit, praktizieren sie aber nicht einmal in den eigenen Reihen, sie reden von der Demokratie, brechen jedoch einfachste demokratische Spielregeln, sie reden von Geschlossenheit, präsentieren sich aber als ein von parteiinternen Querelen durchgeschütteltes Apparat. Das bewiesen sie kürzlich mit dem Strauß-Dossier gegen Heubl und dokumentieren es jüngst mit der oberfränkischen Affäre: Dort streitet sich ein Teil der CSU mit MdB Dr. Jürgen Warnke mit einer anderen CSU-Gruppe, die ihre Heimat in den Rehau-plastiks-Werken hat. In beiden Skandalen leistete die CSU einzigartige Offenbarungseide ihrer Unglaubwürdigkeit und ihrer Geisteshaltung.

Welche Partei sonst, so fragt man sich, schweigt ungerührt sechs Wochen lang zu dem Vorwurf, in ihren Reihen sei bei der Aufstellung eines Bundestagskandidaten "eine objektive und geheime Wahl gezielt verhindert" worden? Die CSU. Ihre Landesleitung hat nicht einmal verbal den Versuch unternommen, ihren Mandatsträger Dr. Warnke von diesem Makel reinzuwaschen. Sie beschränkte sich bisher auf den lapidaren Hinweis "regionaler Auseinandersetzungen". Dabei stammt die Behauptung von einer Firma, in deren Spitze mehrere CSU-Funktionäre wirken und mit deren Unterstützung die Christsozialen bisher rechnen konnten.

Würde es sich dabei tatsächlich um eine grobe Verleumdung handeln, hätte die CSU längst ihre Weiterverbreitung gerichtlich unterbinden können. Sie hat es bisher nicht getan. Diese Tatsache läßt berechtigte Zweifel daran aufkommen, daß die Aufstellung Dr. Warnkes zum Bundestagskandidaten der CSU rechtmäßig erfolgte. Wer den Vorwurf, den "Schutz des Wahlgeheimnisses vorsätzlich verletzt" und sich der "Wahlmanipulation durch Verhinderung demokratischer Wahlregeln, um selbst gewählt zu werden" (so Rehau-plastiks in seiner Dokumentation gegen Dr. Warnke), schuldig gemacht zu haben, auf sich sitzen läßt, ohne die möglichen gerichtlichen Sofortmaßnahmen dagegen einzuleiten, ist des Amtes eines Volkvertreters unwürdig. Und eine Partei, die es zuläßt, daß ein solcher Abgeordneter auf ihrer Liste zum deutschen Bundestag kandidiert, hat das Recht auf Wählervertrauen verwirkt.

Es geht in diesem Fall aber weniger um die Person des Abgeordneten Warnke; vielmehr stellen solche Vorgänge die moralische und demokratische Qualifikation der CSU ernsthaft in Frage.

Dabei handelt es sich bei dem Vorwurf der "Manipulation" nur um einen unter vielen, angesichts der Bundestagswahl im Augenblick aller-

dinge um einen besonders Herausragenden, die von der Rehau-plastika gegen Dr. Warnke vorgetragen wurden.

So wurde ihm u.a. auch unterstellt, sich mit "hohen Summen finanzieren" zu lassen, "CSU-Mitglieder und Wirtschaftsunternehmen im Stii linker Terroristen verleumdet und beleidigt" und zu allem Überfluß auch noch eine "Spionageaffäre zur Wahlbeeinflussung erfunden" zu haben. Schließlich behauptet das Unternehmen, Dr. Warnke habe den CSU-Staatssekretär im bayerischen Landwirtschaftsministerium, Simon Nüssel, "der passiven Bestechung" beschuldigt und ihn damit "ins Zwielficht" gebracht.

Die Dokumentation wurde am 10. Juli 1976 in der Hofer "Frankenpost" veröffentlicht. Am 16. Juli fragte deren Chefredakteur verwundert, weshalb die CSU immer noch nicht auf die schweren Beschuldigungen mit Strafanzeigen reagiert habe. Erst am 28. Juli übergaben die CSU-Kreisvorsitzenden Nordostoberfrankens die belastende Rehau-Dokumentation der Hofer Staatsanwaltschaft und stellten gegen alle Personen, "die an der Abfassung und Verbreitung der Rehau-Dokumentation beteiligt waren", Strafantrag wegen "Beleidigung und Übler Nachrede". Zu einem Antrag auf Einstweilige Verfügung aber hat sich die CSU bis heute nicht entschließen können.

Den Hintergrund der gesamten Affäre bilden Kontroversen um die Kandidaten-Aufstellung für die Landtagswahl 1974 und die Bundestagswahl 1976. In beiden Fällen war der Prokurist der Firma Rehau-plastika, der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Rehauer Stadtrat, Dr. Friedrich Burger, an seinem Partei"freund" Dr. Warnke gescheitert. Burger war von seiner Firma in beiden Fällen besonders nachdrücklich unterstützt und mit dem Argument empfohlen worden, er sei ein geeigneter Vertreter von Interessen der Wirtschaft als die bisherigen Mandatsinhaber der CSU.

Der in Oberfranken praktizierte Stil der Auseinandersetzung innerhalb der CSU wirkt auf Demokraten erschütternd. Der dortige "Krieg" hat das Portrait dieser Partei noch schärfer gezeichnet und offenkundig werden lassen, daß es sich bei dem Strauß-Dossier gegen Heubl keinesfalls um einen "Ausrutscher" gehandelt hat. Wenn schon innerhalb der CSU die gegenseitige Verunglimpfung zum täglichen politischen Brot gehört, braucht man sich über die Gehässigkeit im Umgang mit dem politischen Gegner nicht mehr zu wundern. (16/27.8.1976/va/hh)

+ + +

6 000 politische Häftlinge in Chiles Kerkern

Tatsachen zur aktuellen Situation im Staate Pinochete

Von Helmut Frenz

Pastor in Hamburg und früherer Bischof in Santiago de Chile

Auch wenn vom chilenischen Innenministerium keinen exakten Zahlenangaben vorliegen, können wir aufgrund unserer Kenntnisse der Konzentrationslager und Gefängnisse folgende Daten über politische Häftlinge angeben, deren Namen und Aufenthaltsort uns bekannt sind. Die Anzahl der Häftlinge, die entweder bereits abgeurteilt sind und ihre Strafe verbüßen, oder schon angeklagt sind, deren Urteil jedoch noch nicht gefällt wurde, oder die sich unter den Ausnahmestandsgesetzes in Vorbeugehaft befinden, beläuft sich auf rd. 4 000. Diese Zahl ist folgendermaßen aufzuschlüsseln: Verurteilte Häftlinge 1 750, angeklagte Häftlinge 1 600 und Vorbeugehäftlinge 690. Die Regierung in Santiago betrachtet nur die Vorbeugehäftlinge als politische Häftlinge. Nach internationalen Normen müssen jedoch auch die übrigen Häftlinge als politische bezeichnet werden, weil sie alle von Militärgerichten verurteilt worden sind.

Zu dieser Zahl von rd. 4 000 müssen aber noch die rund 1 800 verschollenen Häftlinge gezählt werden, deren Verhaftung die Regierung leugnet und für die sie auch jede Verantwortung ablehnt. Der katholischen Kirche in Santiago liegen jedoch die Namen der verschollenen Häftlinge vor nebst z. T. eidesstattlichen Erklärungen von Augenzeugern der Verhaftung. Diese 1 800 verschollenen Häftlinge gehen ausschließlich auf das Konto der staatlichen Geheimpolizei DINA, die von keinem staatlichen Organ kontrolliert wird, sondern direkt dem Junta-Chef Pinochet untersteht. Es ist leider zu befürchten, daß ein großer Teil dieser verschollenen Häftlinge nicht mehr am Leben ist, weil sie bereits länger als ein Jahr verschollen sind und keinerlei Hinweise über einen möglichen geheimen Aufenthaltsort vorliegen. Es muß also gesagt werden, daß sich Anfang Juni mindestens rund 6 000 politische

Häftlinge ihrer Freiheit beraubt sehen.

Es gibt zwei größere Konzentrationslager in Chile: Tres Alamos mit der Isolierhaftabteilung Cuatro Alamos und das Lager Puchuncavi in der Provinz Valparaiso. Größere Zahlen von Häftlingen befinden sich auch in den Gefängnissen und Zuchthäusern von Santiago, Valparaiso, Concepcion, Temuco, Valdivia und La Serena. Außerdem sind eigentlich ständig Personen in Isolierhaft in den verschiedenen Verhör- und Folterzentren der Geheimpolizei DINA, die für ihre Zwecke meistens Privathäuser benutzt. Als Folterzentren besonders berüchtigt sind die "Villa Grimaldi" und "Clarín", aber auch die Luftwaffenstation in Molina und andere militärische Unterkünfte.

Die hygienischen Verhältnisse in fast allen Gefängnissen sind miserabel und absolut unwürdig. Das Wasser ist knapp und in einigen Lagern ungenießbar oder gar verseucht. Das Essen ist schlecht und zu wenig. Die Gefangenen dürfen jedoch sich zusätzlich Essen aus Lebensmittelbereiten, die ihnen die Angehörigen bringen. Ärztliche Versorgung ist nur in extremen Fällen gestattet. Besonders leiden viele Häftlinge unter fehlender zahnärztlicher Behandlung. Notwendige Medikamente werden sehr oft absichtlich zur Strafe zurückgehalten. Generell muß man sagen, daß die äußeren Umstände, in denen die politischen Häftlinge leben müssen, unzureichend und menschenunwürdig sind.

In fast allen Gefängnissen ist die Behandlung der Häftlinge unmen-schlich und erniedrigend (Eine Ausnahme macht nur das Gefängnis zu Valdivia). Die Inhaftierten sind mehr oder weniger der Willkür des Personals und des Kommandanten ausgeliefert. Beschwerdemöglichkeiten sind nicht vorhanden. Die Kontrolle der Situation ist dadurch gegeben, daß die meisten der Gefangenen zweimal wöchentlich Besuch empfangen dürfen. Die Beschimpfung der Häftlinge ist sicherlich erträglich, Schwerer wiegen schon die Schläge, die man jederzeit vom Wachpersonal erhalten kann. Sehr häufig kommt es vor, daß die DINA in die Gefängnisse geht, um zu verhören oder gar zu foltern. Be-

sonders gefürchtet sind die Durchsuchungen der Gefängnisse durch militärische Einheiten, die in regelmäßigen Abständen brutal, sadistisch und gefährlich durchgeführt werden. Fazit: Die Behandlung der Gefangenen ist unmenschlich, entwürdigend und in vielen Fällen grausam.

Unter dem internationalen Druck hat sich die Junta-Regierung Pinochet bereit erklärt, die ausgesprochenen Haftstrafen noch einmal zu überprüfen, und gegebenenfalls die Strafe auf Antrag in Ausweisung umzuwandeln. Zu diesem Zwecke ist eine besondere Kommission gebildet worden, bestehend aus Vertretern des Innen-, Justiz- und Kriegaministeriums. Seit Beginn des Jahres 1976 werden in längeren Abständen vom Innenminister größere Zahlen von ausgewiesenen Häftlingen bekanntgegeben werden. Es soll dadurch der Eindruck erweckt werden, als ob es sich um eine Art Amnestie handle. Insgesamt sind bis Juni 1976 rd. 650 Haftstrafen in Ausweisungen umgewandelt worden. Die so ausgewiesenen haben in den allermeisten Fällen große Schwierigkeiten, um ein Aufnahmeland zu finden, das ihnen die Möglichkeit zur Einreise bietet.

Im Zusammenhang mit "hohen Staatsbesuchen" werden gewöhnlich größere Zahlen von ausgewiesenen Häftlingen veröffentlicht. Dieses läßt sich nachweisen im Blick auf den Besuch von Mr. Simon aus USA und auf die Versammlung der Organisation Amerikanischer Staaten, die kürzlich in Santiago stattfand. Diese "Freilassungsgesten" sollen nach außen hin anzeigen, wie "human" die Regierung Pinochet ist. Typisch für dieses Verhalten ist auch bei solchen Veröffentlichungen der Hinweis auf die kommunistischen Länder, in denen politische Häftlinge nicht freigelassen werden. Es muß aber deutlich hervorgehoben werden, daß parallel zu den Ausweisungen die willkürlichen Verhaftungen weitergehen, so daß die Zahl der Gefangenen überhaupt nicht abnimmt. Wir haben auch genügend Beweise dafür, daß die Freigelassenen nach der Abreise des Staatsbesuches wieder verhaftet werden. Gerade in den Monaten Mai und Juni sind wieder mindestens 620 Menschen unter Hinweis auf mögliche Sabotageakte gegen die Staatsbesucher verhaftet worden. (-/27.8.1976/mie/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert